



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

## Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 30. Januar 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0009

### Direktverbindung Rheinhessen

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2018

-

Nach wie vor besteht nur eine zeitaufwändige Nahverkehrsverbindung per Bahn aus dem Raum Ingelheim (Bingen/Bad Kreuznach) von und nach Wiesbaden, obwohl eine direkte Gleisverbindung besteht. Diese wurde während der Brückensperrung von einem Direktzug genutzt, dessen Auslastung einen Bedarf erkennen ließ. Mit dieser Verbindung wird eine zeitlich sehr attraktive Anbindung von Wiesbaden in den Raum nördliches Rheinhessen ermöglicht. Es ist zu erwarten, dass lediglich für die Nutzung des Abschnitts zwischen der Kaiserbrücke und dem Hauptbahnhof Wiesbaden Kosten für die Stadt anfallen können.

Um die Idee der Direktverbindung wieder voranzutreiben, soll in einen ersten Schritt die potenzielle finanzielle Belastung für die Stadt Wiesbaden ermittelt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die potenzielle finanzielle Belastung für die Stadt Wiesbaden durch einen Direktzug von Ingelheim nach Wiesbaden zu ermitteln.

---

### Beschluss Nr. 0014

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2018

Volk-Borowski  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2018

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2018

Dezernat V  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister